

08.04.2020

Kontakt
Klaus Hebborn
Klaus.hebborn@staedtetag.de
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-300
Telefax 0221 3771-309

Aktenzeichen
41.20.05 N:

www.staedtetag-nrw.de

Kulturelle Infrastruktur in der Krise schützen!

Durch die Absage sämtlicher Veranstaltungen und die Schließung aller Kultureinrichtungen aufgrund der Corona-Pandemie ist das kulturelle Leben in Deutschland annähernd zum Stillstand gekommen. Alle Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen sind in gravierender Weise von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses Stillstands betroffen. Die kulturelle Infrastruktur ist gefährdet und droht in Teilen wegzubrechen: Die privaten und freischaffenden Akteurinnen und Akteure, die gemeinnützigen und intermediären Zusammenschlüsse und Einrichtungen und auch die öffentliche getragenen Kulturinstitutionen wie Theater, Museen, Bibliotheken.

Kunst und Kultur sowie die kulturelle Infrastruktur mit ihren Einrichtungen und Angeboten sind unverzichtbarer Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Hier findet die Begegnung mit anderen statt, der Austausch und die kritische Auseinandersetzung mit uns selbst und der Gesellschaft, der Diskurs über Politik, Demokratie und Zukunft. Die kulturelle Infrastruktur in Deutschland und besonders in Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch ihre künstlerische und ästhetische Qualität und ihre Vielfältigkeit aus; sie ist ortsnahe, identitätsstiftend, gleichzeitig weltoffen und international. Diese herausragende Kulturlandschaft gilt es zu erhalten, damit sie uns – in neuen und kreativen Formen – durch die Krise begleitet und nach der Krise weiterhin zur Verfügung steht. Bund, Länder und Kommunen sind aufgerufen, mit Nothilfen und Unterstützungsmaßnahmen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kulturbereich abzumildern und die kulturelle Infrastruktur zu schützen.

Vor diesem Hintergrund stellt der Kulturausschuss des Städtetages Nordrhein-Westfalen Folgendes fest:

- Die **Hilfsmaßnahmen des Bundes** bieten eine flächendeckende Grund-Absicherung von Kulturschaffenden und Einrichtungen. Es ist zu begrüßen, dass der Kulturbereich maßgeblich in den Hilfsprogrammen verankert wird. Hierzu zählen insbesondere die Corona-Soforthilfe des Bundes, die erleichterte Inanspruchnahme der Grundsicherung für Arbeitsuchende und des Kinderzuschlags sowie die Flexibilisierung des Kurzarbeitergeldes und dessen Öffnung für den öffentlichen Bereich. Die Umsetzung und Gewährung dieser Maßnahmen muss zügig, unbürokratisch und flexibel erfolgen.

- Die **Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen** ergänzen die Maßnahmen des Bundes in geeigneter Weise. Der Soforthilfefonds des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft ist als Ersthilfe dringend erforderlich, um das sofortige Abrutschen von Kulturschaffenden in Hartz IV zu verhindern und kurze Liquiditätseingpässe zu überbrücken. Die Aufstockung der Corona-Soforthilfe und die Flexibilität im Umgang mit Fördermitteln sind weitere Bausteine zur Unterstützung des Kultursektors. Diese Hilfen müssen beibehalten und erforderlichenfalls aufgestockt und ausgebaut werden.
- Die **Kommunen** bekennen sich gemeinsam mit Bund und Land zu Ihrer Verantwortung für die Stützung der kulturellen Infrastruktur vor Ort. Zahlreiche kommunale kulturelle Einrichtungen stehen vor ungelösten finanziellen und organisatorischen Problemen, die bewältigt werden müssen. Die Kommunen unterstützen die freie und private kulturelle Szene subsidiär dort, wo andere Hilfsprogramme nicht greifen. Es werden Fördermittel fortgezahlt, Raummieten erlassen oder gestundet, Ausfallhonorare gezahlt oder neue Leistungen entwickelt und gefördert.
- Die Städte und Gemeinden benötigen einen **kommunalen Rettungsschirm**, um die mit der Krise verbundenen erheblichen Einnahmeverluste und Aufwendungen bewältigen zu können. Dies gilt insbesondere für finanzschwache Kommunen, die keinerlei finanziellen Spielraum haben. Das von der Landesregierung geplante „Kommunalschutzpaket“ ist ein guter Ansatz. Allerdings fehlt bisher jegliche Konkretisierung hinsichtlich des Volumens und der vorgesehenen Maßnahmen. Die Städte erwarten konkrete finanzielle Hilfen, die sie sofort und unbürokratisch einsetzen können.
- Noch ist ungewiss, wie lange die Krise dauert. Wichtig erscheint, bereits jetzt Szenarien für eine gestufte Rückkehr zur Normalität zu entwickeln. Dabei sind die Kommunen und ihre Spitzenverbände mit Blick auf die kommunale Praxis vor Ort in alle Überlegungen des Landes einzubeziehen. Klar ist auch, dass unabhängig von der konkreten Dauer der Beschränkungsmaßnahmen die **Aufbauarbeit im Kultursektor** einen erheblichen Aufwand erfordern wird. Neben den Nothilfen und Sofortprogrammen muss daher auch über längerfristige Maßnahmen nachgedacht werden, die den Kulturbereich während und nach dem „Neustart“ bei der Bewältigung der Folgen der Krise unterstützen.
- Die Krise hat - neben allen Problemen - auch zu einem Innovationsschub geführt: **Digitale Formate, kreative und partizipative Angebote** entwickeln sich dynamisch in den Städten und Quartieren vor Ort. Auch wenn digitale Formate nicht das analoge Kulturleben ersetzen können, ergeben sich daraus Chancen für die Zukunft: Derzeit findet die Digitalisierung des Kulturbetriebs in einem atemberaubenden Tempo im flächendeckenden „Vollexperiment“ statt. Diese Erfahrungen müssen ausgewertet, gute Ergebnisse gesichert und weiterentwickelt werden.